

Antrag Nr. 10-F-25-0058

CDU/Grüne/FDP

Betreff:

Gesellschaftliche und sprachliche Integration von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Erziehungshilfe
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.5.2010 -

Antragstext:

Zum 1. Oktober 2005 wurde der Kindeswohlbegriff des KJHG (SGB VIII) im Kinder- und Jugendhilfeentwicklungs-gesetz (KICK) näher konkretisiert. Bei der Erteilung der Betriebserlaubnis für Einrichtungen der Erziehungshilfe soll insbesondere der Integrationsgedanke stärker beachtet und der erlaubniserteilenden Behörde Kontrollmechanismen an die Hand gegeben werden.

Der Sozialausschuss wolle daher beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Konzepte zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund werden ^ derzeit in den Einrichtungen der Erziehungshilfe umgesetzt?
2. Welche speziellen inhaltlichen Angebote sind installiert und finden regelmäßig statt?
3. Gibt es Betriebserlaubniserteilungen mit Nebenbestimmungen, wie Befristungen und Auflagen, beispielsweise Schulungen oder Selbstverpflichtungserklärungen der Träger?
4. In welchen Abständen wird eine erteilte Betriebserlaubnis auf Einhaltung der Inhalte und Konzepte überprüft?
5. Gibt es in Wiesbaden Hinweise darauf, dass einzelne Träger von Einrichtungen der Jugendhilfe eher weniger integrationsfördernde Aktivitäten in ihren Institutionen aufweisen?

Wiesbaden, 01.06.2010

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender

Dr. Tilli-Charlotte Reinhardt
Fraktionsvorsitzende

Chris Diers
Sozialpolitischer Sprecher

Andreas Knüttel
Fraktionsassistent

Dr. Elard Apel
Fraktionsassistent

Ann-Kathrin Weber
Fraktionsassistentin